

EUTHANASIE JETZT AUCH IN BELGIEN

Hoppe entsetzt über Legalisierung der aktiven Sterbehilfe

Schockiert über das so genannte Sterbehilfe-Gesetz in Belgien hat sich der Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe gezeigt. „Es ist entsetzlich, dass nach Holland nun auch Belgien den Weg in die staatlich legitimierte Euthanasie eingeschlagen hat“, sagte Hoppe beim Deutschen Ärztetag kürzlich in Rostock. Der Ärztepräsident sieht die Gefahr einer „ethischen Abwärtsspirale“: „Wenn wir uns dieser Entwicklung nicht mit aller Kraft entgegenstemmen, werden wir möglicherweise eines Tages dazu kommen, dass schwerkranke Menschen eine Geneh-

migung einholen müssen, um weiterleben zu dürfen. Es darf kein gesellschaftliches Klima entstehen, das Sterbehilfe zum Mittel der Wahl macht“, sagte der Kammerpräsident.



Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe: Gefahr einer ethischen Abwärtsspirale. Foto: Erdmenger/ÄkNo

Das belgische Parlament hatte am 16. Mai 2002 das Gesetz zur Legalisierung der Euthanasie verabschiedet. Es erlaubt die Tötung von leidenden erwachsenen Patienten auf deren eigenen Wunsch, auch wenn ihr Tod

nicht unmittelbar bevorsteht. Es schließt auch dauerhaft psychisch kranke Menschen ein.

Dieses Gesetz hat nach Ansicht des 105. Deutschen Ärztetages nicht nur Belgien schweren Schaden zugefügt. „Wenn Patienten nicht mehr davon ausgehen können, dass das Bestreben ihrer Ärzte nur auf den Schutz ihres Leben ausgerichtet ist, wird es schwer, Vertrauen zu fassen. Wenn Vertrauen fehlt, werden Heilung, Linderung und Trost viel schwerer oder gar nicht zu erreichen sein“, kritisierte der Ärztetag. Die Delegierten erklärten sich mit den belgischen Kollegen solidarisch, die den Kampf gegen

das Gesetz noch nicht aufgegeben hätten.

Das Gesetz sei ein falsches Zeichen für alle, die leiden. Es ziehe den Tod durch den Arzt als Ausweg in Erwägung, statt Wege zur Hilfe zu zeigen. „Es lässt sich auch nicht der Eindruck vermeiden, als sollen hier lästige, weil teure Patienten quasi zur Selbstentsorgung getrieben werden“, so der Ärztetag.

Die Verbindung der Euthanasie mit einem Gesetz zur Palliativmedizin könne nur als Kosmetik bewertet werden. Es sei ein „durchschaubarer Versuch, die zutiefst menschenverachtende Gesetzgebung zur Euthanasie als human zu tarnen“.

BÄK/uma

DEUTSCHE HOSPIZ STIFTUNG

Aktive Lebenshilfe statt Sterbehilfe

Die Deutsche Hospizstiftung hat bundesweit 160.000 Plakate „Aktive Lebenshilfe statt Sterbehilfe“ unter anderem an Arztpraxen verschickt. Auf den Plakaten werden die Begriffe der aktiven, indirekten und passiven Sterbehilfe klar erläutert.

Die Plakat-Aktion wird von über 40 hochrangigen Repräsentanten wichtiger Institutionen aus Bereichen wie Politik, Gesundheitswesen, Hochschulen, Jura und Journalismus unterstützt, darunter Ärztepräsident Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Unionskanzlerkandidat Dr. Edmund Stoiber, Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, die CDU-Vorsitzende Dr. Angela Merkel

und der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Prof. Dr. Dr. Karl Kardinal Lehmann. *Informationen und Materialien sowie die Plakate erhalten Sie bei: Deutsche Hospiz Stiftung, Im Defdahl 5-10, 44 141 Dortmund, Tel.: 0231/7380730, Fax: 0231/7380731 und unter: www.hospize.de.*

Das Vorsorgepaket „Medizinische Patientenanzweltschaft“ umfasst Unterlagen für die rechtzeitige, schriftliche Äußerung darüber, was man im Ernstfall. *Es kann gegen eine Schutzgebühr von 5 EUR bei der Deutschen Hospiz Stiftung bestellt werden.*

Deutsche Hospiz
Stiftung/KJ

ROBERT-KOCH-INSTITUT

Krebs in Deutschland

Die aktuelle Ausgabe der Broschüre „Krebs in Deutschland – Häufigkeiten und Trends“ ist jetzt erschienen. In der vorliegenden aktualisierten und erweiterten Fassung sind vielfältige Informationen über die Häufigkeit der jährlichen Neuerkrankungen in Deutschland, zu Überlebensraten, zum Verlust an Lebenserwartung durch die Krebskrankheit, zum mittleren Erkrankungsalter sowie die Überlebens- und Sterberaten bei Krebserkrankungen enthalten. Die Broschüre nennt darüber hinaus die wichtigsten Risikofaktoren und bewertet die

Neuerkrankungsraten in Deutschland in einem Vergleich mit anderen europäischen Ländern. Die von der Arbeitsgemeinschaft Bevölkerungsbezogene Krebsregister in Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Robert-Koch-Institut herausgegebene Broschüre kann im Internet unter www.rki.de/krebs eingesehen werden. *Sie ist in Einzel-exemplaren auch kostenlos erhältlich beim Bundesministerium für Gesundheit, Gesamtprogramm zur Krebsbekämpfung, Referat 317, Tel.: 0228/9413170, Fax: 0228/9414938.* RKI/KJ

Die Redaktion freut sich über jeden Leserbrief. Sie behält sich vor, Briefe gekürzt zu veröffentlichen. RhÄ